

Wider die Tretmühlen

Autor(en): **Stalder, Mathias**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **73 (2018)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-890953>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zeit, um genug Mut zu sammeln und um dann die eigene Meinung pointiert in die Runde zu geben. Häufig sind es die PräsidentInnen, die sich für ihre Mitgliederorganisation (MO) und deren im Vorfeld gefasste Entscheidung einsetzen. Damit solche Diskussionen basisdemokratisch verlaufen, muss jede MO zwingend alle Geschäfte jeweils mit ihren Mitgliedern oder zumindest mit ihren Delegierten diskutiert haben. Nur so ergibt sich eine vielfältige und basisdemokratische Entscheidungsgrundlage.

Dies ist ein Bericht über die DV, der nicht aus einer neutralen Warte geschrieben wurde, sondern natürlich persönlich gefärbt ist und nur einen kleinen Ausschnitt der DV wiedergibt. Alle Informationen können auf der Website von Bio Suisse abgerufen werden.

Kontakt: info@souverainete-alimentaire.ch
IBAN CH5808390034616510006

Aus dem Landwirtschaftsgesetz

Art. 2.2: Sie [die Massnahmen des Bundes] orientieren sich am Grundsatz der Ernährungssouveränität zur Berücksichtigung der Bedürfnisse der Konsumenten und Konsumentinnen nach qualitativ hochwertigen, vielfältigen und nachhaltigen inländischen Produkten.
Volltext: www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19983407

Aus dem Initiativtext

Art. 3 Er [der Bund] trifft wirksame Massnahmen mit dem Ziel:

c. den Bäuerinnen und Bauern das Recht auf Nutzung, Vermehrung, Austausch und Vermarktung von Saatgut zu gewährleisten.

5 Er [der Bund] nimmt namentlich folgende Aufgaben wahr:

a. Er unterstützt die Schaffung bäuerlicher Organisationen, die darauf ausgerichtet sind sicherzustellen, dass das Angebot von Seiten der Bäuerinnen und Bauern und die Bedürfnisse der Bevölkerung aufeinander abgestimmt sind.

8 Zur Förderung einer Produktion unter sozialen und ökologischen Bedingungen, die den schweizerischen Normen entsprechen, erhebt er Zölle auf der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln, die diesen Normen nicht entsprechen; er kann deren Einfuhr verbieten.

Volltext: www.ernaehrungssouveraenitaet.ch

Wider die Tretmühlen

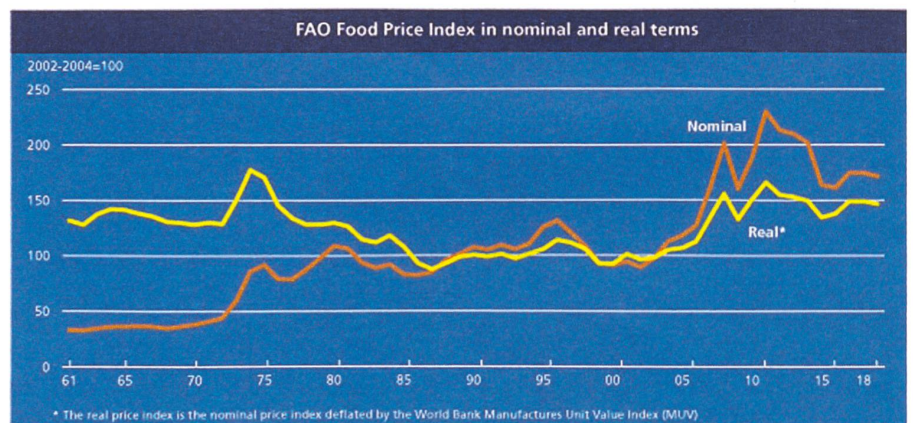
Mathias Stalder. Die im Trend liegende Billigpreispolitik für Nahrungsmittel spielt der Liberalisierung und damit einer weitergehenden Grenzöffnung in die Hände. Die Initiative für Ernährungssouveränität bietet eine umfassende Alternative, für eine Wende in der Agrar- und Ernährungspolitik.

Anfang November 2017 brüskierte der Bundesrat mit seiner «Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik» die bäuerlichen Organisationen, aber auch die Stimmbevölkerung. Diese hatte sich am 24. September deutlich mit rund 78% Ja-Stimmen für den Gegenentwurf zur Ernährungssicherheits-Initiative und für die einheimische Agrarwirtschaft ausgesprochen. Die Politik des Bundesrates, den Markt weiter zu liberalisieren und Freihandelsabkommen z. B. mit den Mercosur-Staaten und der EU auszuhandeln, kollidiert mit diesem klaren Votum. Das Ziel: Normen und Handelsregeln sollen abgebaut werden und damit der Schweizer Industrie (wie z. B. Pharma und Chemie) der Export in die dortigen Märkte erleichtert werden; und im Gegenzug werden diese Länder ihre Produkte (zumeist Agrarprodukte) ungehindert in die Schweiz exportieren können. Das Votum des St. Galler Bauernvertreters und Nationalrats Walter Müller (FDP) bringt es auf den Punkt: **«Schweizer Löhne gleich Schweizer Preise für Nahrungsmittel ... Grenzschutz für Löhne verlangt nach Grenzschutz für Agrarprodukte; so einfach ist das.»** Nationalrat Müller ist dabei keineswegs ein Befürworter der Initiative für Ernährungssouveränität.

Zölle sind weltweit keine Ausnahme, sondern die Regel

Die Schweiz schützt den heimischen Markt seit langem und reguliert die Einfuhrmengen.

Die Initianten fordern, einen differenzierten Zollschutz beizubehalten, bis hin zu Importverboten (Artikel 18 des Landwirtschaftsgesetzes) auf Produkte, die unsere Standards nicht erfüllen (z. B. Hormonfleisch und GVO). Wenn wir eine wirklich nachhaltige Landwirtschaft ausgestalten möchten, gilt es, ökologische, soziale wie auch ökonomische Aspekte zu vereinen. Damit setzen wir auch ein unmissverständliches Zeichen für die Diskussion um die Agrarpolitik ab 2022 (AP22+), die im Herbst 2018 beginnt. Währenddessen dreht sich die landwirtschaftliche Tretmühle immer weiter. Die heranrollenden Freihandelsabkommen werden den Preisdruck noch massiv verschärfen: 30–50% Preisverlust bei Mercosur und einem bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU. Täglich verschwinden drei Bauernhöfe und 6 bäuerliche Arbeitsplätze in der Schweiz. Das sind in den letzten 30 Jahren insgesamt 100'000 Arbeitsplätze und 35'000 Bauernhöfe, bei steigender «Produktivität». Der Produzentenpreis sank in den letzten 30 Jahren um 30%, wovon besonders die Grossverteiler profitierten. Die Einkommen liegen in der Landwirtschaft 35% unter dem Durchschnittseinkommen, bei 25% höherer Arbeitsbelastung. Der Ökonom Matthias Binswanger warnt: **«Freie Märkte führen nicht zu befreiten Bauern, sondern zur Befreiung ganzer Regionen von den Bauern.»**



«Nominal» heisst hier, was fürs Essen gezahlt werden muss; «real» ist dasselbe im Verhältnis zu den Durchschnittspreisen für Technik aus den «G-5-Ökonomien» USA, DE, JP, UK und FR.

Preise, Einkommen, Arbeit gerecht gestalten

Es braucht eine Mengensteuerung in Bauernhand. Das bedeutet keine staatliche Mengensteuerung oder Preisfixierung, sondern Rahmenbedingungen, wie sie bereits heute im Landwirtschaftsgesetz (z. B. Artikel 37) festgelegt, aber nicht umgesetzt sind. Nehmen wir den Milchmarkt als Beispiel. Durchschnittspreise von 50 Rappen pro Liter sind, bei einem kostendeckenden Preis von 1 Franken (Talbetrieb), üblich. Nirgendwo sonst hat sich die Niedrigpreispolitik so durchgesetzt. Werner Locher von der «Bäuerlichen Interessen-Gruppe für Marktkampf» (BIG-M) erklärt: «Die Bauern müssen im Stand sein, möglichst viel Milch zu möglichst tiefen Preisen zu produzieren. Der Handel entscheidet dann, wie diese Mengen verarbeitet und verkauft werden sollen. Seit über 10 Jahren wird zu viel Milch produziert, was zu Überschüssen führt. Diese werden zu Dumpingpreisen im Ausland entsorgt. Leidtragende sind die Milchbauern hüben wie drüben. Die Worte «Qualitätsstrategie» oder «Nachhaltigkeit» tönen in diesem Zusammenhang wie ein Hohn. **Eine zukunftsgerichtete Milchmarktordnung braucht ein funktionierendes Mengenanpassungssystem**, um auf Marktschwankungen reagieren zu können. Artikel 5a der Initiative für Ernährungssouveränität bildet die rechtliche Grundlage dazu.»

Weiter besteht ein grosses Machtungleichgewicht zugunsten des Nahrungsmittelhandels zwischen den Bauern und den KonsumentInnen. Das behindert eine auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtete Lebensmittelproduktion. Ernst Frischknecht, Biopionier und Möschberg-Schüler, entgegnet dem: «Die Initiative ist nicht nur aus volkswirtschaftlicher und unternehmerischer Sicht das Vernünftigste, sie führt auch zu den billigsten und effizientesten Lenkungsmassnahmen.» Frischknecht führt weiter aus: «**Eine mit hohen Betriebsmittelimporten auf möglichst hohe Ertragsmenge ausgerichtete Landwirtschaft täuscht eine falsche Sicherheit vor.** Mit der Annahme der Initiative wird die Landwirtschaft vom teuren Sorgenkind zum geschätzten Partner einer nachhaltigen Volkswirtschaft. Sie befreit Bauern und Bäuerinnen hin zu einer effizienten, leistungsfähigen und nachhaltigen Nahrungsmittelproduktion, wie sie auf vielen Pionierbetrieben seit Jahren funktioniert.»

Echte Lösungen für die Klimakrise

Der Weltagrарbericht (2008) sowie die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Hungers und zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft sind wichtige Wegweiser für unsere Initiative. Die Klimaszenarien sind eindeutig: Hitzewellen und Starkniederschläge, sprich Wetterextreme nehmen zu. Die Landwirtschaft muss sich darauf einstellen. Lokal angepasste Sorten, artenreiche, ressourcenschonende und resiliente Agrarökosysteme sind Antworten, die wir mit unserer Initiative einfordern. Klimawandel, steigende Erdölpreise, Spekulation mit Lebensmitteln und politische Krisen können den globalen Markt empfindlich stören. Im Jahr 2017 stiegen die globalen Lebensmittelpreise um 8,2% und die Schwankungen sind gewaltig. Ernährungssouveränität trägt zum Abbau der Auslandabhängigkeit bei, hier wie im globalen Süden.

Nahrungsmittel sind ein wertvolles Gut

Die Ernährungsfrage nimmt in der Politik eine immer wichtigere Stellung ein, das belegen die zahlreichen Volksinitiativen. Die Initiative für sauberes Trinkwasser sowie die gerade zustande gekommene «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» sind eine ernstzunehmende Herausforderung für die Landwirtschaft und schaffen die Grundlage für einen **Wandel hin zu mehr Agrarökologie**. Die Initiative für Ernährungssouveränität schafft Rahmenbedingungen, um diesen Wandel zu unterstützen, gerade bei einer Annahme beider obengenannter Initiativen.

Demokratisierung statt Monopolisierung

Eine Annahme der Initiative, so Tina Siegenthaler von der Kooperationsstelle Solidarische Landwirtschaft, «brächte wirklich sehr viele Vorteile für eine kleinräumige, vielfältige und solidarische Landwirtschaft: Der Dialog zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen würde gestärkt, die Produktion, Verarbeitung und Distribution demokratisch organisiert. Schlussendlich wird eine **Demokratisierung der ganzen Land- und Ernährungswirtschaft angestrebt**. Das stärkt die Resilienz und sichert so nachhaltig die Ernährungssicherheit.»

Mathias Stalder ist Koordinator der Initiative für Ernährungssouveränität und Sekretär von Unerre.

Frauen für Ernährungssouveränität und für fair produzierte Lebensmittel

«Wir Bäuerinnen, Konsumentinnen, Landfrauen und Städterinnen unterstützen die Initiativen für Ernährungssouveränität und Fair-Food. Deshalb hoffen wir, dass die Delegierten von Bio Suisse den Weg für Veränderungen öffnen und 2x die Ja-Parole beschliessen.»

In Anbetracht der Entwicklungen in der Schweiz und auf der ganzen Welt wollen wir ein Zeichen setzen. Wir sehen die beiden Initiativen als Chance, um von der Schweiz aus eine klare Botschaft in die Welt zu senden. Dabei geht es um die Förderung der regionalen ökologischen Landwirtschaft und um nicht weniger als eine vorausschauende Organisation einer nachhaltigen Ernährungspolitik hier in der Schweiz, aber auch weltweit. *La Via Campesina* hat vor vielen Jahren erkannt, dass der unbegrenzte Freihandel mit landwirtschaftlichen Produkten viel Schaden bringt, im Norden und im Süden. Deshalb soll jedes Land seine Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selber bestimmen und diese auch entsprechend schützen können. In diesem Sinne hat *La Via Campesina* die Initiative für Ernährungssouveränität hier in der Schweiz gefördert und unterstützt. Die Fair-Food-Initiative fordert klare Regeln und Nachhaltigkeitsstandards für den Import von Lebensmitteln und hat damit einen wichtigen Punkt des Konzepts der Ernährungssouveränität aufgenommen. Der Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft in der Schweiz sowie auf der ganzen Welt ist uns ein grosses Anliegen. Dies entspricht auch den Schlussfolgerungen des Weltagrарberichts. Deshalb bitten wir die Delegierten von Bio Suisse eindringlich 2x die JA-Parole für die Ernährungssouveränität und die Fair-Food Initiative zu beschliessen.»

Innert einer Woche haben mehr als 100 Frauen diesen offenen Brief unterschrieben. Viele Biobäuerinnen (auch von Demeter), aber auch Städterinnen.